

EUROPÄISCHES PARLAMENT



Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union

Fachabteilung

MITTEILUNG

ÜBER DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE

MEXIKOS

UND SEINE BEZIEHUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Inhalt:

Im Jahr 2000 leitete Mexiko nach der Wahl von Vicente Fox zum Staatspräsidenten den Übergang zu einem volldemokratischen System ein. Fox' Wahlsieg beendete die lange Regentschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), die seit 1929 ununterbrochen an der Macht war. Trotz guter Absichten gelang es der neuen Regierung nicht, alle ihre Reformversprechen einzulösen, da sich hierfür im Parlament keine Mehrheit fand. Noch immer leben über 40 % der mexikanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Seit dem Abschluss des am 1. Juli 2000 in Kraft getretenen Globalabkommens EU-Mexiko haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Partnern erheblich gefestigt.

DGExPo/B/PolDep/Note/2005_111

28. April 2005

Diese Mitteilung wurde auf Wunsch der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit Mexiko erarbeitet.

Das vorliegende Dokument wird in folgenden Sprachen veröffentlicht: Französisch.

Verfasser: Pedro NEVES

Redaktionsschluss: April 2005.

Kopien können per E-Mail unter folgender
Adresse angefordert werden:

pneves@europarl.eu.int

Brüssel, Europäisches Parlament, April 2005

Bei den in diesem Beitrag zum Ausdruck gebrachten Meinungen handelt es sich ausschließlich um diejenigen des Verfassers; sie spiegeln nicht notwendigerweise die offizielle Position des Europäischen Parlaments wider.

Quellen: Economist Intelligence Unit (EIU)
Europäische Kommission
Eurostat
Reuters
Oxford Analytica
World Markets Country Analysis

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I.	POLITISCHE LAGE	4
II.	WIRTSCHAFTLICHE LAGE	15
III.	BEZIEHUNGEN EU-MEXIKO	20

ANHANG

I. POLITISCHE LAGE

1. Einführung

1.1. Geschichte

Mexiko, das auf dem nordamerikanischen Kontinent liegt, ist eines der Länder Lateinamerikas mit starker Sogwirkung. Als Erbe der präkolumbianischen und kolonialen Kulturen versucht Mexiko, sich seine Identität als Mestizen-Nation zu bewahren, wobei es sich dem neoliberalen Modell verschrieben hat. Doch das Land steht vor vielen Herausforderungen: Es muss die regionalen Ungleichheiten abbauen, Wirtschaftsliberalismus, sozialen Fortschritt und Demokratie miteinander vereinbaren und das Wachstum einer übergroßen Hauptstadt in Grenzen halten.

1529 bemächtigen sich die spanischen *Conquistadores* Mexikos und zogen aus, ein riesiges Kolonialreich zu erobern, das von Florida bis nach Patagonien reichte. Drei Jahrhunderte lang werden die Bodenschätze und Ländereien in großem Maßstab zum Vorteil des spanischen Mutterlands ausgebeutet, während die indigene Bevölkerung, bedingt durch das System der *Encomienda*, in faktischer Sklaverei lebt.

Zwischen 1810 und 1910 erlebt Mexiko eine sehr ereignisreiche Zeit. 1810 stellt Pater Miguel Hidalgo, der das Elend der indianischen Bevölkerung nicht mehr mit ansehen kann, eine Indio-Armee auf, die aber von der Kolonialmacht schnell zerschlagen wird. Gleichwohl beginnt der Unabhängigkeitsgedanke zu keimen. Die Unabhängigkeit Mexikos wird 1821 von Agustín de Itúrbide proklamiert, der 1822 zum Kaiser gekrönt und ein Jahr später von der Armee gestürzt wird.

In einem Land, das durch innere Unruhen zerrüttet und durch ausländische Interventionen (der USA und Europas) ruiniert ist, lässt sich 1876 Porfirio Díaz zum Präsidenten wählen – und bis 1910 nicht mehr abwählen. Er stellt die Ordnung im Land wieder her, sorgt für Machtkonzentration und eine effiziente Verwaltung, bringt die Wirtschaft wieder in Schwung, aber er vernichtet auch rücksichtslos Gemeinschaftseigentum, indem er den Indianern ihr Land raubt. 1910 sind 97 % des Bodens im Besitz von 1 % der Bevölkerung und werden 90 % der Landbevölkerung von Großgrundbesitzern ausgebeutet. Daraufhin kommt es zu einem Bauernaufstand unter der Führung von Emiliano Zapata und Pancho Villa. Diese „Mexikanische Revolution“ ist ein gewaltiger sozialer und politischer Umsturz. Sie befreit Mexiko von der Herrschaft seiner Grundbesitzeraristokratie, führt zum Bodenreformgesetz von 1917 und noch im selben Jahr zur Annahme einer Verfassung, die die staatliche Unabhängigkeit Mexikos stärkt.

Lázaro Cárdenas, der 1934 Präsident wird, verstaatlicht die ausländischen Ölgesellschaften und verteilt 16 Millionen Hektar Land. Diese Bodenreform als eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution bildet die Grundlage für den sozialen Frieden in Mexiko. Allerdings trübt sich durch die Reformbestrebungen und die

Enteignung der ausländischen Gesellschaften das Verhältnis mit den USA, dem mächtigen Nachbarn im Norden.

Von 1940 bis 1970 erlebt das Land eine Phase des Wachstums. Der wirtschaftliche Aufschwung stützt sich auf Industrialisierung, wachsende Ausfuhren und ausländische Investitionen. Der Krise von Anfang der 70er Jahre kann Mexiko jedoch nicht ausweichen. Steigende Energiepreise (das Land ist bis 1974 Ölimporteur), leere öffentliche Kassen und Inflation lassen das ganze Land in eine tiefe Wirtschaftsflaute schlittern.

José López Portillo, von 1976 bis 1982 Präsident, stellt das Vertrauen der Wirtschaft wieder her, führt politische Reformen durch (die den Oppositionsparteien, auch der kommunistischen Partei, den Weg in den Kongress, das mexikanische Parlament, frei machen), überzeugt die Gewerkschaften, bei ihren Forderungen Mäßigung zu üben, und führt einen Fünfjahrplan (1978-1982) ein, um durch eine Erhöhung der Erdölausfuhren die Finanzierung verschiedener sozioökonomischer Programme zu unterstützen. Die Präsidenten Miguel de la Madrid (1982-1988) und Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) verfolgen eine liberale Wirtschaftspolitik, gekennzeichnet durch eine Welle von Privatisierungen. Mexiko gibt nach und nach die Multilateralität auf, die das Land seit 20 Jahren prägt, und wendet sich unter Verzicht auf seine lateinamerikanische „Präferenz“ entschlossen den Vereinigten Staaten zu. Am 1. Januar 1994 tritt das von den Vereinigten Staaten, Mexiko und Kanada unterzeichnete Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft. Am selben Tag erheben sich im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas Hunderte von Rebellen des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheers (ELNZ). Nachdem zunächst versucht wird, den Aufstand zu unterdrücken - dabei gibt es 400 Tote -, bricht Präsident Carlos Salinas die militärischen Aktionen ab und tritt in Verhandlungen ein. Nach den politischen Unruhen in Chiapas und der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei PRI, Luis Colosio Murrieta, wird das Land im Dezember 1994 auch noch von einer Finanzkrise heimgesucht.

Nach seinem Amtsantritt 1994 erkennt Präsident Ernesto Zedillo an, dass die Talfahrt des Peso (dieser hat binnen einer Woche gegenüber dem Dollar 60 % an Wert verloren), auf schwere Regierungsfehler zurückzuführen ist. Die Krise hat Auswirkungen auf das Lebensniveau der Bevölkerung und bedroht die Stabilität des Landes. Dieses wird durch ein von den Vereinigten Staaten und der internationalen Finanzwelt zusammengeschnürtes „Nothilfepaket“ von 48,7 Milliarden Dollar vor dem Bankrott gerettet. Politische Stabilität wird nun notwendiger denn je, und sei es nur wegen der ausländischen Geldgeber. Im Februar 1995 beginnt Präsident Zedillo mit einer neuen militärischen Maßnahme gegen die Aufständischen in Chiapas. Einen Monat zuvor hatte er sich das Wohlwollen der Opposition gesichert, indem er mit ihr eine nationale Vereinbarung mit dem Ziel einer echten Demokratisierung (Unabhängigkeit von Legislative und Judikative, Wahlkampffinanzierung, Zugang zu den Medien) unterzeichnete.

Trotz einer Verbesserung der makroökonomischen Indikatoren (höheres Bruttoinlandsprodukt, niedrigere Inflation, weniger Arbeitslosigkeit) strafen die

Mexikaner die Regierung bei den Wahlen 1997 ab, indem sie ihre Stimmen der Opposition geben. Die seit 1929 regierende PRI verliert erstmals ihre absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus und, als sei dies noch nicht genug, das Amt des Bürgermeisters von Mexiko-Stadt¹. Und die PRI steht weiter im Abwind: Bei den Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2000 siegt der Kandidat der Partei der nationalen Aktion (PAN) Vicente Fox Quesada und löst Ernesto Zedillo als Staatsoberhaupt ab.

1.2. Geografische Lage

Mexiko, das im Norden an die USA und im Süden an Guatemala und Belize grenzt, hat eine Fläche von 1 972 547 Quadratkilometern und liegt in tropischen Breiten (zwischen 14°30' und 32°43' nördlicher Breite).

Mit einer Einwohnerzahl von über 100 Millionen ist Mexiko das größte spanischsprachige Land in der Welt und nach Brasilien das bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas. Die Bevölkerung ist jung; fast die Hälfte der Mexikaner zählt weniger als 18 Jahre. Analysten gehen davon aus, dass mehr als 30 % der Mexikaner unterhalb der Armutsschwelle leben. Neben den sozialen Problemen gibt es kulturelle Unterschiede: Zwar besteht die Bevölkerung Mexikos im Wesentlichen aus Mestizen, aber das Land zählt auch die größte indianische Bevölkerungsgruppe Lateinamerikas (8 Millionen Menschen), die nach wie vor ausgegrenzt wird.

Die Bevölkerung und die Wirtschaftstätigkeit ist geografisch sehr ungleich verteilt. Obschon Mexiko ein stark zentralisierter Staat ist (demografisch, wirtschaftlich und politisch hat die Hauptstadt ein klares Übergewicht), lassen sich mehrere große Regionen unterscheiden. Der Südosten ist eine landwirtschaftlich geprägte Region mit heißfeuchtem tropischem Klima und indianischer Bevölkerung, wie es typisch für Lateinamerika ist. Die Mitte und der Norden mit ihrem trockenheißen Klima sind wesentlich industrialisierter und europäischer; hier schielt man auf die Vereinigten Staaten. Die dritte große Region ist das Küstengebiet am Golf von Mexiko, wo ein für Ackerbau und Viehzucht günstiges Klima herrscht und wo auch die Erdölindustrie präsent ist.

2. Innenpolitische Lage

2.1. Institutioneller Rahmen

Mexiko ist eine Bundesrepublik, die sich in 31 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt Mexiko-Stadt (*Ciudad de México*) gliedert. Seine politische Gliederung stützt sich auf die (nach der mexikanischen Revolution verabschiedete) Verfassung von 1917, die nach amerikanischem Vorbild regelt, dass das Land eine Demokratie mit einem Präsidenten an der Spitze ist, und die Gedanken-, Religions-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit proklamiert.

Zwar verfügt jeder Bundesstaat sowohl bezüglich der Exekutive (jedem Bundesstaat steht ein Gouverneur vor), als auch der Legislative und Judikative über eine gewisse

¹ Der neue Bürgermeister Cuauhtémoc Cárdenas, ein Sohn des früheren Präsidenten Lázaro Cárdenas, ist ein wichtiger Führer der Partei der Demokratischen Revolution (PRD).

Autonomie, aber bestimmend für den mexikanischen Staat ist dennoch der sehr starke politische Zentralismus, wenn diesem auch durch die Entscheidungen der Gouverneure Grenzen gesetzt sind. In der Tat hängt das föderal strukturierte Mexiko ganz vom Staatspräsidenten und vom Staatshaushalt ab und wird letzterer (wie auch die Armee) weitestgehend von der Zentralregierung kontrolliert.

a) Der Präsident

Der Präsident wird in allgemeinen Direktwahlen für die Dauer von sechs Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist nicht möglich. Der Präsident führt auch die Exekutive und die Armee. Der Sieg von Vicente Fox von der (konservativ-liberalen) Partei der nationalen Aktion (*Partido Acción Nacional*, PAN) in der Präsidentenwahl vom 2. Juli 2000 steht am Ende eines sehr langen politischen Kapitels, das durch die ununterbrochene 71-jährige Herrschaft der Partei der institutionellen Revolution (*Partido Revolucionario Institucional*, PRI) gekennzeichnet war.

Mit dieser Veränderung an der Spitze des mexikanischen Staates beginnt ein neuer Abschnitt im politischen Leben Mexikos, der einen qualitativen Sprung auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung des Landes darstellt. Dabei verfügt Vicente Fox in den beiden Kammern des Kongresses über keine Mehrheit der Sitze und muss daher die Unterstützung entweder der schon erwähnten PRI oder der Partei der demokratischen Revolution (*Partido de la Revolución Democrática*, PRD) suchen.

b) Parlament

Das mexikanische Parlament heißt Kongress (*Congreso de la Unión*) und besteht aus zwei Kammern: dem Oberhaus oder Senat (*Senado*) und dem Unterhaus oder der Abgeordnetenkammer (*Cámara Federal de Diputados*). 128 Senatoren (je vier pro Bundesstaat) werden für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt, davon 96 in allgemeiner Direktwahl und 32 nach einem Verhältniswahlssystem. Die Abgeordnetenkammer besteht aus 500 Mitgliedern, die für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt werden, davon 300 in allgemeiner Direktwahl und 200 nach einem Verhältniswahlssystem. Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer wurden im Juli 2003 neu gewählt¹. Mexiko ist zurzeit mit Costa Rica die einzige Demokratie, in der zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten für Oberhaus- und Unterhausmitglieder unzulässig sind. Dies macht es für die Abgeordneten schwer, die Erfahrung anzusammeln, die sie brauchen, um als Gesetzgeber gute Arbeit zu leisten.

c) Politische Parteien

Drei Parteien beherrschen in Mexiko die politische Bühne: die PRI, die PAN und die PRD. Die 1929 gegründete PRI – sie hieß zunächst Revolutionäre nationale Partei und dann Partei der mexikanischen Revolution und trägt seit 1946 ihren heutigen Namen Partei der institutionellen Revolution – stellte zwischen 1929 und 2000 sämtliche Staatspräsidenten und hatte das Machtmonopol. Dahinter verbarg sich eigentlich ein

¹ Siehe Anhang II.

Einparteiensystem, das sich weitgehend auf Klientelismus und die Gespaltenheit der anderen politischen Gruppierungen stützte. Die PAN oder Partei der nationalen Aktion hat ihre Wurzeln in den konservativen Eliten, die das Mexiko der vorrevolutionären Zeit (1910-1917) regierten. Ihre Werte rücken sie in die Nähe der europäischen Christdemokraten. Die PRD oder Partei der demokratischen Revolution schließlich entstand 1988 aus einer Abspaltung der PRI. Die PRD tritt für sozialen Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung, gestützt auf die nationale Industrie und ein stärkeres wirtschaftliches Engagement des Staates ein. Kandidaten der PRD haben es in das Rathaus von Mexiko-Stadt geschafft: zuerst Cuauhtémoc Cárdenas, dann Andrés Manuel López Obrador, kurz „AMLO“ genannt. Dieser ist sehr populär; gleichwohl ist die PRD in der Hälfte des Landes ohne Einfluss.

d) Gerichtswesen

Die Judikative besteht aus einem System von Bundes- und Regionalgerichten, an dessen Spitze der Oberste Gerichtshof steht. Die Richter des Obersten Gerichtshofs werden vom Präsidenten mit Zustimmung des Senats ernannt.

e) Verwaltungssystem

Mexiko ist eine Bundesrepublik, die sich in 31 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt Mexiko-Stadt (*Ciudad de México*) gliedert. Die Gouverneure der Bundesstaaten werden direkt gewählt, ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre.

2.2. Zielsetzungen und Bilanz der Regierung Fox

Nach seiner Amtseinführung am 1. Dezember 2000 benannte Vicente Fox folgende Prioritäten der neuen Regierung:

- Förderung des Dialogs mit den Rebellen des Zapatistischen Nationalen Befreiungsheers (ELNZ)¹ und Annahme eines Gesetzes über Rechte und Kultur der indianischen Urbevölkerung, um das Land mit seiner indigenen Komponente zu versöhnen
- Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und Reform des Justizsystems
- Förderung des Wirtschaftswachstums und eine gerechtere Verteilung der Reichtümer
- Entwicklung der Humanressourcen durch eine Stärkung des Bildungssystems
- Bekämpfung der Korruption.

Zwei Jahre nach dem Amtsantritt von Präsident Fox ist festzustellen, dass in Mexiko die Demokratie stärker, die Regierungstätigkeit transparenter und die Pressefreiheit wesentlich größer geworden ist. Die großen Reformen jedoch, die der mexikanische Präsident und seine Partei PAN versprochen haben, lassen noch immer auf sich warten.

¹ Ein Symbol für den Beginn dieses Dialogs war der friedliche Marsch der Zapatisten auf die Hauptstadt im März 2001.

So wurde die *ley indígena*, das Gesetz über Rechte und Kultur der indianischen Urbevölkerung, im Kongress zwar angenommen, aber erst, nachdem sie die Gesetzgeber ihrer Substanz entleert hatten. Damit kamen die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Zapatisten zum Stillstand.

Auch die Steuerreform, die dem Staat bessere Einnahmen sichern und für eine bessere Verteilung des Reichtums sorgen sollte, wurde im Dezember 2001 vom Kongress in einer entschärften Version gebilligt¹. Die Staatsreform, durch die Mexikos konstitutionelles und institutionelles Instrumentarium modernisiert und an die neuen politischen Gegebenheiten im Lande angepasst werden soll, liegt noch immer in den Schubläden des Kongresses. Die Regierung Fox musste sich damit begnügen, ein solides Management der öffentlichen Finanzen einzuführen, immerhin einhergehend mit der Schaffung eines nachhaltigen öffentlichen Dienstes und der Annahme eines Gesetzes über Transparenz und Zugang zu Informationen (das die Regierung zwingt, alle ihre Tätigkeiten offen zu legen). Nicht viel besser steht es um die andere große, von Präsident Fox versprochene Reform, die der Energiepolitik. Diese Reform ist außerdem mit der Steuerreform verknüpft, denn bislang machen die Einnahmen aus dem Ölgeschäft 37 % des mexikanischen Staatshaushalts aus. Der Präsident hätte gern das Kapital des staatlichen Ölkonzerns PEMEX für ausländische Anleger geöffnet, aber das gelingt ihm nicht. Denn seit den 30er Jahren ist in der Verfassung verankert, dass der Ölsektor in nationaler Hand liegt, und Verfassungsänderungen verlangen eine Zweidrittelmehrheit im Kongress.

Die Reformen sind um so dringender geboten, als die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums durch die Rezession in den USA schon jetzt erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die Beschäftigung hat.

Dass der Präsident keine Mehrheit im Kongress hat (weder im Oberhaus, noch im Unterhaus) ist ganz klar ein Hemmnis. Dies liegt begründet in den Grenzen (teils auch Fehlern) seines Handelns sowie in der derzeitigen politischen Konstellation. Denn ohne parlamentarische Mehrheit konnte die Regierung nicht umhin, sich abwechselnd um die Unterstützung der PRI und der PRD zu bemühen, und da sind Zugeständnisse unvermeidbar. Hinzu kommt, dass der Kongress, der nie zuvor über eine solche Machtfülle verfügt hatte, ungeachtet anderer Erwägungen dazu neigte, durch sein Abstimmungsverhalten seine Unabhängigkeit von der Regierung zu betonen.

Außerdem zeigte Präsident Fox, der die Situation des Landes und seine momentanen Bedürfnisse klar erkannt hatte, nicht dieselbe Weitsicht, als es um die Strategie zur Umsetzung seiner Politik ging. Die dadurch entstehenden Probleme gipfelten im Januar 2003 im Rücktritt von Außenminister Jorge Castañeda, der in der mexikanischen Regierung eine Schlüsselrolle gespielt hatte. Dazu die Zeitung *El Informador*: „... dieser Rücktritt zeigt den Riss, der durch die Regierung geht. Er öffnete sich mit der Nichteinhaltung von Wahlversprechen und der Vorspiegelung eines Wandels, der nie eingetreten ist und an den inzwischen nicht einmal mehr die engsten Mitarbeiter von Vicente Fox glauben“.

¹ Die Reform hätte Geld in die öffentlichen Kassen spülen sollen. Da dies nicht geschah, war die Regierung gezwungen, die Sozialpolitik ihrer Vorgänger fortzuführen und sich mit kosmetischen Korrekturen zu begnügen.

Bei den Parlamentswahlen vom 6. Juli 2003 mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung (Anteil der Nichtwähler: 58 %) verliert die PAN, die Partei des Präsidenten Fox, 54 Sitze in der Abgeordnetenversammlung. Damit verbleiben ihr nur noch 153 Sitze (2000: 207), während die PRI mit 224 Sitzen um 15 zulegen kann (zuvor 209) und die PRD ihr Ergebnis mit 96 Sitzen fast verdoppeln kann. Diese Entwicklung zeigt die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die von der Unbeweglichkeit der Regierung und dem Reformstau enttäuscht ist, macht es aber de facto der Regierung erst recht unmöglich, eine eigenständige Politik zu verfolgen – jedenfalls bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen 2006. Auch die Regierungsumbildungen von September 2003 und August 2004 haben keine Ergebnisse gezeitigt.

Das politische Leben in Mexiko steht bereits heute ganz unter dem Zeichen der allgemeinen (Parlaments- und Präsidentschafts-) Wahlen von 2006. Seit ein paar Monaten läuft in Mexiko der Wahlkampf, obwohl nicht offiziell eröffnet, auf vollen Touren. Bei der PRI rechnet sich deren Führer Roberto Madrazo Chancen aus, bei den Präsidentschaftswahlen zu siegen und die im Jahr 2000 verlorene Macht wieder zurückzugewinnen. Aber mit seiner Vorkandidatur stößt Madrazo selbst in den eigenen Reihen nicht überall auf Gegenliebe. Auch bei der PAN mehren sich die Kandidaten: Felipe Calderón hat die Regierung, in der er das Energiereisort innehatte, schon verlassen, und seine Amtskollegen Santiago Creel (Inneres) und Alberto Cárdenas (Umwelt) dürften es ihm bald nachtun. Starker Mann der PRD ist der populäre Bürgermeister von Mexiko-Stadt, Andrés Manuel López Obrador („AMLO“), der von vielen als der künftige Präsident gehandelt wird. Allerdings hat das Unterhaus am 7. April 2005 den Weg für seinen Ausschluss von der kommenden Präsidentschaftswahl freigemacht. Es wird ihm vorgeworfen, eine gerichtliche Entscheidung missachtet zu haben, mit der der Bau einer Zufahrtstraße zu einem Krankenhaus auf einem strittigen Grundstück am Rande der Hauptstadt untersagt wurde¹. López Obrador hat betont, dass es sich um ein politisch motivierte Anklage handle, und an die vielen Skandale und schweren Menschenrechtsverletzungen erinnert, bei denen die Schuldigen völlig ungestraft davongekommen sind. „AMLO“ konnte am 22. April 2005 einen Zwischensieg verbuchen, als der mit der Sache befasste Richter es ablehnte, ihn vorzuladen, und die Sache wegen Formfehler an die Staatsanwaltschaft zurückverwies. Die Anschuldigungen gegenüber „AMLO“ sind das Ergebnis „einer politischen Entscheidung, die von Präsident Fox und einem Großteil der PRI getroffen wurde“, meint auch Jorge Castañeda, ehemaliger Außenminister der Regierung Fox, der sich als unabhängiger Kandidat gleichfalls ins Rennen geworfen hat. Einer Umfrage zufolge schätzen 84 % der Hauptstädter die Arbeit ihres Bürgermeisters. Der Zapatistenführer *Subcomandante* Marcos sprach von einem „präventiven Staatsstreich“, obschon er „AMLO“ und die PRD nicht unterstützt. Wie auch immer – die für die zerbrechliche Demokratie in Mexiko bedrohliche Entscheidung der Abgeordnetenversammlung sorgt für

¹ „AMLO“ macht einigen Wirtschaftsvertretern Angst; sie sehen ihn als Populisten und vergleichen ihn mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Der Bürgermeister von Mexiko-Stadt erklärt dagegen, sein Vorbild sei der brasilianische Präsident da Silva, und beschuldigt die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes, sie wollten sein auf sozialer Gerechtigkeit basierendes „alternatives Nationenprojekt“ blockieren.

Unruhe bei den Investoren, vor allem in den Vereinigten Staaten, dem wichtigsten Partner Mexikos in Sachen Handel und Migration¹.

2.3. Menschenrechte

Die Regierung von Präsident Fox hat umfangreiche Maßnahmen ergriffen, damit sich die Menschenrechtsslage in Mexiko verbessert. Besonders zu erwähnen sind die Maßnahmen zur Information über die in den Jahren 1968 und 1971 bei mehreren Demonstrationen begangenen Massaker an Studenten sowie über die Verschwundenen². Die nationale Menschenrechtskommission stellte 2003 fest, dass wenigstens 275 der 500 Verschwundenen von den Sicherheitskräften inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden.

Die Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* begrüßte die erzielten Fortschritte, bedauerte zugleich jedoch, dass es nach wie vor Menschenrechtsverstöße gibt, vor allem seitens der Polizei. Ein Beweis für deren Inkompetenz ist für sie der Schleier, der noch nach zwölf Jahren über der Ermordung hunderter Mädchen und Frauen in Ciudad Juárez liegt³. Es hatte zehn Jahre gebraucht, bis sich die Bundesregierung um die mysteriösen Vorkommnisse in Ciudad Juárez kümmerte und einen Plan zur Koordination der polizeilichen Arbeit einführte, in dessen Rahmen die Ermittlungsbeamten des Bundes, der Bezirke und Städte zusammenarbeiten.

Beim Kampf gegen die Rauschgiftschmuggler konnte die Regierung Fox Erfolge für sich verbuchen. Paradoxerweise war jedoch gerade dieser Erfolg schuld an der Entstehung zahlreicher kleiner Drogenkartelle, die einander unaufhörlich bekriegten, um die Kontrolle über die Transportwege zu erlangen, was zu einem Anstieg der Gewalt führte. Die Bush-Administration, die die mexikanischen Kollegen zunächst zu ihren Feldzügen gegen die Drogenmafia beglückwünscht hatte, warnte (nach der Erfürung von 27 US-Bürgern im Grenzgebiet) vor dem „Verfall der Sicherheit“ in der Region und meldete Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen der mexikanischen Behörden gegenüber den Drogenhändlern an. Journalisten, die in Sachen Rauschgifthandel ermitteln, werden oft von Attentätern ins Visier genommen⁴.

¹ Laut der *Washington Post* wäre „... die Disqualifikation von AMLO (...) ein Desaster für das politische Mexiko und vielleicht sogar für dessen langfristige Stabilität“. Und die *New York Times* hält nicht für ausgeschlossen, dass López Obrador „...als Präsident keine gute Wahl“ ist, findet aber, es sei „Sache der mexikanischen Wähler, darüber zu entscheiden“.

² Es wurden acht Millionen Seiten Geheimdienstakten aus der Zeit von 1952 bis 1985 freigegeben.

³ In der Grenzstadt Ciudad Juárez wurden über 300 Mädchen und Frauen entführt, vergewaltigt und ermordet. Die meisten von ihnen konnten wegen ihrer Verstümmelungen nicht identifiziert werden. Diese Serienmorde führten dazu, dass die Gewalt gegen Frauen in Mexiko in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit geriet. In einem einschlägigen UNO-Bericht wird herbe Kritik an der Passivität der mexikanischen Behörden, vor allem derer auf lokaler Ebene, geübt. Beamte der Bundesregierung und Abgeordnete sehen gute Gründe, eine Komplizenschaft zwischen Kriminellen und Behörden auf regionaler und lokaler Ebene zu vermuten. Laut Aussagen von Zeugen haben die Motive etwas „mit Drogenhandel, Organhandel und Mädchenhandel zur sexuellen Ausbeutung und zur Herstellung von Gewaltvideos“ zu tun.

⁴ Am 22. Juni 2004 wurde der Journalist Francisco Ortiz mitten in Tijuana, einer Stadt an der Grenze zu den USA Staaten, ermordet. Die Polizei ließ verlautbaren, bei den Mördern handele es sich um von Drogenbaronen angeheuerte Auftragskiller.

Ein Journalist von der in Mexiko-Stadt erscheinenden Tageszeitung *La Jornada* erklärte dazu: „Diese reale Macht, die sich auf einen Filz aus Politik und Drogenhändlern stützt, wird für den Journalismus immer mehr zur Bedrohung“.

Trotz der Vereinbarungen von San Andrés zur Anerkennung der Rechte der indigenen Völker wird die indianische Urbevölkerung nach wie vor diskriminiert. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen fordert in ihrem Bericht die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen wie:

- Wiederaufnahme der Diskussion über die Reform der Verfassung in Bezug auf die Rechte der indigenen Völker
- Fortsetzung des Dialogs mit den Zapatisten
- Umsetzung der Konvention Nr. 169 der IAO unter Anpassung an die Realitäten der indigenen Völker
- Schutz der Integrität des der indigenen Bevölkerung gehörenden Gemeindelandes sowie ihrer Umwelt
- Revision des Strafrechts bezüglich der vorstehenden Gruppen
- Einführung eines Systems zum Schutz indigener Migranten
- Festigung des Systems der zweisprachigen Erziehung und die Verbesserung des Zugangs der indigenen Bevölkerung zu den Kulturprogrammen (Hörfunk, Fernsehen usw.).

2.4. Außenpolitik

Es war der Wunsch von Präsident Fox, dass Mexiko außenpolitisch ein neues Image erwirbt. So beginnt das Land, mehr Präsenz auf der Weltbühne zu zeigen (Veranstaltung des Gipfels von Monterrey über die Entwicklungsfinanzierung), Übernahme von Verantwortung in internationalen Foren, insbesondere in den Bereichen Drogenbekämpfung und Achtung der Menschenrechte. Gleichwohl spielen die Beziehungen mit Washington mehr denn je eine Rolle erster Ordnung.

a) Beziehungen zu den USA

Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Mexikaner immer wieder ohnmächtig zuschauen mussten, wie sich Washington in die inneren Angelegenheiten ihres Landes einmischte, beklagten sie ihr „armes Mexiko, so fern von Gott und so nah den Vereinigten Staaten“. Am Anfang dieses Jahrtausends ist festzustellen, dass in die Beziehungen zwischen den beiden Ländern Gelassenheit eingekehrt ist, seit am 1. Januar 1994 das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in Kraft trat. Die 100 Millionen Mexikaner haben innerhalb weniger Jahre die neuntgrößte Wirtschaftsmacht in der Welt aufgebaut, indem sie die Möglichkeiten nutzten, die ihnen der Markt der Vereinigten Staaten bot. Die Lage hat sich verbessert, aber das Problem ist nicht aus der Welt: Mexiko ist noch immer genauso abhängig von den Vereinigten Staaten, mit dem es etwa 85 % seines Außenhandels realisiert. Aber die Beziehungen zwischen Washington und Mexiko beschränken sich nicht auf Wirtschaft und Handel. Weitere Schwerpunkte für

Mexiko sind die Drogenbekämpfung, die Sicherheit, Energie, Wasser, die regionale Integration und die Migration¹.

Die Aussicht auf den Abschluss eines bilateralen Einwanderungsabkommens ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wieder in weitere Ferne gerückt, da dadurch die Belange der inneren Sicherheit in Amerika gegenüber anderen Prioritäten an Gewicht gewonnen haben.

Präsident Bush, der für seine Wiederwahl auf die Stimmen der aus Mexiko stammenden US-Bürger angewiesen war, hatte im Januar 2004 vorgeschlagen, die Situation der fünf Millionen illegalen Einwanderer in den Vereinigten Staaten zu „regularisieren“, indem ihnen eine Arbeitserlaubnis für drei Jahre mit der Möglichkeit einer Verlängerung gewährt wird. Dieser Vorschlag traf jedoch auf erhebliche Widerstände und wurde noch nicht dem Kongress vorgelegt.

Außerdem leiden die bilateralen Beziehungen unter einem Wasserversorgungstreit. Die Vereinigten Staaten werfen Mexiko vor, es komme seinen Pflichten als Wasserlieferant, die in einem bilateralen Übereinkommen von 1944 über die Bewirtschaftung des Wassers im Grenzgebiet geregelt sind, nicht nach.

Dass in den USA mexikanische Staatsbürger zum Tode verurteilt werden, ist zwischen den beiden Ländern ein ständiger Streitpunkt. Am 21. Januar 2003 hat Mexiko vor dem Internationalen Gerichtshof auf Aussetzung der Todesstrafe, zu der in den USA 54 mexikanische Staatsbürger verurteilt wurden, geklagt. Mexiko vertrat den Standpunkt, dass die USA gegen Bestimmungen des von beiden Ländern unterzeichneten Wiener Übereinkommens (von 1963) über konsularische Beziehungen verstoßen hatten, indem sie die angeklagten mexikanischen Staatsangehörigen nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, über ihr Recht auf konsularischen Beistand unterrichtet hatten. Ferner verwies Mexiko darauf, dass durch ein Rechtshilfeprogramm für von der Todesstrafe bedrohte Häftlinge in den USA bereits 27 Hinrichtungen verhindert werden konnten, dass aber viele Fälle gar nicht behandelt werden konnten, da die einzelnen US-Bundesstaaten es unterlassen hatten, die mexikanischen Staatsangehörigen über ihre konsularischen Rechte aufzuklären.

Während der Irakkrise wurde Mexiko, damals nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats, von den Vereinigten Staaten umworben. Gleichwohl erklärte sich Mexiko, unterstützt von Chile, gegen den Einsatz von Gewalt gegenüber Bagdad. Diese Haltung führte zu einer Abkühlung des Klimas zwischen den beiden Partnern. Nach seiner Wiederwahl bemühte sich George Bush darum, das Blatt zu wenden und dem Freihandelsabkommen NAFTA neues Leben einzuhauchen. In diesem Zusammenhang unterzeichneten die USA, Mexiko und Kanada am 23. März 2005 das Partnerschaftsabkommen für Sicherheit und Wohlstand in Nordamerika, das unter anderem Folgendes vorsieht:

- Verstärkung der Grenzkontrollen
- Koordinierung der Überwachung des See- und Luftverkehrs

¹ In den USA leben fast 10 Millionen mexikanische Staatsbürger (neben ca. 10 Millionen US-Bürgern mexikanischen Ursprungs).

- Umsetzung einer gemeinsamen Strategie im Energiebereich
- Abschaffung bestimmter Regelungen, die den Handel behindern
- Zusammenarbeit beim Kampf gegen Drogenhandel und illegale Einwanderung.

b) Beziehungen zu den Staaten Mittelamerikas

Am 27. Juni 2001 rief Präsident Fox zusammen mit seinen zentralamerikanischen Amtskollegen den Puebla-Panama-Plan (PPP) ins Leben, ein Projekt der regionalen Entwicklung, an dem neun süd mexikanische Bundesstaaten und sieben Länder des zentralamerikanischen Isthmus beteiligt sind. Dabei geht es um ein riesiges Gebiet (über 1 Million Quadratkilometer), in dem 65 Millionen Menschen leben (28 Millionen Mexikaner und 37 Millionen Bürger zentralamerikanischer Länder). Der von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Weltbank konzipierte PPP bildet die Grundlage für ein wichtiges Vorhaben der Wirtschaftsmodernisierung, durch welches das südliche Mexiko an die zentralamerikanischen Länder angebunden werden soll, und hat folgende Ziele:

- Soziale und menschliche Entwicklung
- Förderung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Entwicklungsmaßnahmen
- Unterstützung des Strukturwandels zur Sicherung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der Region
- Verbesserung der regionalen Infrastruktur durch den Bau von Straßen, Häfen und Flugplätzen; Verknüpfung der Energieversorgungs- und Telekommunikationssysteme
- Förderung produktiver, arbeitsplatzschaffender Investitionen
- Abstimmung gemeinsamer Zielsetzungen und Strategien zwischen den süd mexikanischen Staaten und den zentralamerikanischen Ländern
- Modernisierung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der lokalen und regionalen Institutionen.

II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1. Einführung

1.1. Geschichte

1982 musste Mexiko seine internationale Zahlungsunfähigkeit erklären. Die schon lange schwelende Finanzkrise brach nun offen aus, und Mexiko sah sich gezwungen, ein groß angelegtes neoliberales Strukturanpassungsprogramm einzuleiten. Trotz einer bemerkenswert guten Erholung der mexikanischen Wirtschaft kam es 1994/1995 erneut zur Krise. Diese aber war nicht mehr, wie es Anfang der 80er Jahre der Fall war, die Krise eines Entwicklungslands mit einer zu hohen Auslandsverschuldung, sondern die Krise eines Schwellenlands mit hausgemachten makroökonomischen Problemen. Ab dem Ende der 80er Jahre wussten die Anleger nicht mehr recht, wo in der Welt sie ihr Geld anlegen sollten (da die Welt nach und nach in die Rezession abglitt), und Mexiko konnte zunächst von der günstigen Marktlage profitieren, da es wieder kreditwürdig war. So erlebte das Land, wie seine Währung (der Peso) aufgewertet wurde, wie sich sein Wachstum beschleunigte und sein Außenhandelsdefizit zunahm. Das, was als Korrekturbewegung zum Schrumpfen einer offensichtlich überbewerteten Währung auf ein normales Maß gedacht war, blieb es nicht und nahm katastrophale Ausmaße an, als das ausländische, aber auch das inländische Kapital fluchtartig das Land verließ, weil an der Fähigkeit des Staats, seine Schulden zu bedienen, gezweifelt wurde. Die Krise in Mexiko war vor allem eine Vertrauens- und damit eine Liquiditätskrise, nicht aber eine Solvenzkrise. Durch die massive Finanzhilfe der internationalen Gemeinschaft gelang es dem Land, mit der Krise fertig zu werden, aber der soziale Preis, den es dafür zahlen musste, war hoch (die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut), und die Wirtschaft blieb chronisch schwach (wegen ihrer großen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und den internationalen Rahmenbedingungen im Allgemeinen).

Die Struktur der mexikanischen Wirtschaft, die weltweit an neunter Stelle liegt, lässt sich mit ein paar Zahlen beschreiben: Fast 90 % des Handels werden mit den USA abgewickelt; 33 % der jährlichen Staatseinnahmen werden durch die staatliche Ölgesellschaft Pemex erzielt; 2,5 % des mexikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind *Remesas*, die von den 9 Millionen in den USA lebenden Mexikanern nach Mexiko überwiesen werden. Jedes noch so kleine Zucken des großen Nachbarn im Norden, die Ölpreisfluktuationen (Mexiko ist der größte Erdölproduzent Lateinamerikas und belegt bei den Ausfuhren nach Venezuela Platz zwei) und die Konkurrenz aus Asien, insbesondere China, wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Gesundheit des Landes aus.

1.2. Wirtschaftssektoren

Der Anteil der Landwirtschaft (und der Fischerei als der wichtigsten Beschäftigungsquelle in den Küstengebieten) an der Wirtschaftsleistung ist seit den 80er Jahren gesunken. Die Landwirtschaft machte 2003 nur 4 % des BIP aus, ist aber mit 20 %

der Arbeitsplätze für die Beschäftigung noch immer sehr wichtig. Die Landwirte klagen über die Auswirkungen der NAFTA auf ihre Tätigkeit. Von der NAFTA profitiert haben nur einige wenige Erzeugungen wie Gemüse. Zugleich kam es zu einer starken Zunahme der Einfuhren subventionierter amerikanischer Produkte, die die Kleinerzeuger hart traf; denn diesem Wettbewerbsdruck konnten sie nicht standhalten. Laut den Gewerkschaften haben seit 1994, dem Jahr des Inkrafttretens des NAFTA-Abkommens, fast 2 Millionen Landwirte ihre Arbeit verloren. Die wichtigsten Kulturen für den Inlandsverbrauch sind Hirse, Weizen, Mais, Reis, Bohnen und Kartoffeln, während Kaffee, Zuckerrohr, Obst und Gemüse vorwiegend für den Export bestimmt sind. Obschon die Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Erzeugung auch wegen der gebirgigen Oberfläche und der klimatischen Gegebenheiten begrenzt sind (die landwirtschaftliche Nutzfläche macht nur 20 % des Staatsgebiets aus), lassen sich die Probleme des Agrarsektors zu einem Großteil durch eine ungünstige Flächenstruktur und wirtschaftliche und technische Zwänge erklären. Der Agrarsektor weist eine duale Struktur auf: Hochproduktive moderne Betriebe, die sich auf spekulative Kulturen (Kaffee, Obst, Zitrusfrüchte) spezialisiert haben, stehen den *Minifundios* und *Ejidors* (bäuerlichen Kleinstbetrieben und Gemeindeland) gegenüber, auf denen Lebensmittelkulturen (Mais, Bohnen) angebaut werden.

Auf die Industrie entfallen 23 % der Erwerbstätigen, 30 % des BIP und etwas mehr als 90 % der Ausfuhren (ohne den Erdölsektor wären es nur 33 %). Seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickeln sich die Metallindustrie, der Textilsektor und der Lebensmittelsektor. Nach der Krise von 1929 ermöglicht eine Politik der Importsubstitution eine Diversifizierung der Industrie. Der Überfluss an Bodenschätzen, die Unterstützung des Staats, das dynamische Bürgertum und die Investitionen aus dem Ausland sind dieser Entwicklung förderlich. Die Nähe der Vereinigten Staaten gibt der verarbeitenden Industrie starke Impulse; entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze blühen die *Maquilladoras* (Montagebetriebe mit amerikanischem Kapital). In den *Maquilladoras* werden Halbfertigerzeugnisse aus den USA weiterverarbeitet, um als Fertigerzeugnisse in die Vereinigten Staaten zurückzukehren. So profitieren die USA von den niedrigen Löhnen und Steuern in Mexiko und davon, dass hier nicht dieselben Auflagen in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und Umweltverschmutzung durch die Industrie gelten.

Das Exportmodell der *Maquilladoras* nahm zwischen 1990 und 2000 jährlich um 20 % zu. Ihr Anteil an den Gesamtausfuhren des Landes ist von 35 % im Jahr 1990 auf heute fast 50 % gestiegen. 2003 erreichten ihre Ausfuhren 77,7 Milliarden Dollar, das sind 47 % aller mexikanischen Ausfuhren. Allerdings sanken die Ausfuhren der *Maquilladoras* zwischen 2000 und 2001 um 6,2 %, um in den Folgejahren 2002 und 2003 zu stagnieren. Dies erklärt sich durch den wirtschaftlichen Abschwung in den Vereinigten Staaten und die damit gesunkene Nachfrage sowie durch die immer stärker werdende Konkurrenz aus Asien, insbesondere China¹.

¹ Mexiko hat in den USA einen Marktanteil von fast 12 %, belegt aber seit 2003 bei den Lieferungen nicht mehr (nach Kanada) den zweiten Platz, auf den China vorgerückt ist.

Mexiko treibt in erheblichem Umfang Bergbau und gewinnt Mineralien, die Silber, Wismut, Arsen, Antimon und Schwefel enthalten. Das Land verfügt auch über kleinere Eisen-, Zink- und Kadmiumvorkommen. Der Bergbausektor macht 1,4 % des BIP aus. Aber die wichtigste natürliche Ressource des Landes ist das Erdöl, das ihm auch zusammen mit den Erdölderivaten die größten Einnahmen verschafft.

Während der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die mexikanische Wirtschaft tiefgreifend verändert und weiterentwickelt, indem sie den Weg vom protektionistischen Modell der Importsubstitution zu einer offenen Haltung gegenüber der Außenwelt gefunden hat. Mit der Liberalisierung und Deregulierung ist eine Internationalisierungsstrategie und Politik der regionalen Integration Hand in Hand gegangen. Dass Mexiko gewillt ist, an der wirtschaftlichen Globalisierung teilzunehmen, zeigt sein Beitritt zu den wichtigsten Wirtschaftsforen: 1993 wurde Mexiko Mitglied des Forums für asiatisch-pazifische Wirtschaftskooperation (APEC) und 1994 Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)¹.

Parallel dazu hat Mexiko seine regionale Position durch die Errichtung eines weitläufigen Netzes bilateraler und regionaler Abkommen über Handelsliberalisierung gestärkt. Als Folge wird heute praktisch der gesamte Handel Mexikos im Rahmen von Präferenzregelungen abgewickelt. Es wurden Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (NAFTA, 1994), der Europäischen Union (2000), Japan (2005), Israel (2000), den Nachbarländern aus Mittelamerika (Costa Rica, Nicaragua, Guatemala, Honduras, El Salvador) und Südamerika (Bolivien, Kolumbien, Chile, Venezuela und Uruguay) unterzeichnet. Obschon Mexiko noch ein gutes Stück Weg vor sich hat, ist es ihm gelungen, innerhalb weniger Jahre zur weltweit elften Exportmacht aufzusteigen. Zurzeit versucht es, seine Position zu konsolidieren. Das ist zwar kein leichtes Unterfangen, aber das Land kann sich jetzt auf eine solidere industrielle Basis verlassen.

2. *Wirtschaftliche Perspektiven*²

2.1. Wirtschaftswachstum

Nachdem es in Mexiko seit 1995 mit der Wirtschaft immer nur bergauf gegangen war, gelang es dem Land nicht, sich den Auswirkungen der Rezession in den USA, seinem wichtigsten Handelspartner, zu entziehen. Die OECD urteilt, dass der Wachstumseinbruch im Jahr 2001 anders als in früheren Zeiten nicht auf makroökonomische Instabilität oder eine Vertrauenskrise zurückzuführen war, sondern die zunehmende Integration Mexikos in die NAFTA reflektierte. Auch begann die mexikanische Wirtschaft ab 2002 gleich wieder zu wachsen, und gegenwärtig gehen die Analysten davon aus, dass 2005 unter günstigen internationalen Rahmenbedingungen 3,8 % Wachstum erreicht werden können.

¹ Schon 1986 war Mexiko dem GATT beigetreten, das inzwischen zur Welthandelsorganisation (WTO) geworden ist.

² Siehe Anhang III.

2.2. Finanzmärkte

2002 verlor der Peso an Wert. Schuld daran waren mehrere Faktoren im Zusammenspiel: die Schwäche des Dollars, die politische Instabilität der lateinamerikanischen Partner (Argentinien, Brasilien und Venezuela), die negative Reaktion der Finanzmärkte u. a. Die Abwertung des Peso wirkte sich jedoch positiv aus, weil sie dazu beitrug, dass mehr aus- und weniger eingeführt wurde. Die Politik der Abwertung wurde 2003 und 2004 weiter fortgesetzt. Dabei sind einige Beobachter der Auffassung, dass die mexikanische Währung gegenüber dem Dollar immer noch zu hoch bewertet ist und daher 2005 weiter abgewertet werden dürfte.

2.3. Inflation

Die Inflation ist seit 1997, als sie 20 % (jährlich) erreichte, erheblich gesunken. Die Behörden versuchen, sie durch eine Politik der hohen Zinsen wieder an einen Stand wie in den Vereinigten Staaten heranzuführen. Laut Beobachtern von *World Markets Analysis* (WMA) dürfte die Inflation 2003 bei 5,1 % liegen.

2.4. Haushalt

Bei der Annahme des Haushaltsplans für 2005 kam es zu einer Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative. Am 30. November 2004 legte Präsident sein Veto gegen den von der Abgeordnetenkammer verabschiedeten Haushaltsplan ein. Die Entscheidung über den Haushaltsplan liegt allein in der Zuständigkeit der Abgeordnetenkammer, denn die Verfassung räumt dem Präsidenten hierzu kein Vetorecht ein, sondern nur das Recht, Bemerkungen zu dem von der Abgeordnetenkammer ausgearbeiteten Entwurf zu machen, und die Abgeordnetenkammer kann den Entwurf mit einer Zweidrittelmehrheit annehmen. Gleichwohl wurde der Oberste Gerichtshof mit der Angelegenheit befasst.

2.5. Handel

Mexiko hat mit über 30 Ländern Freihandelsabkommen unterzeichnet. Besonders betont seien hier das NAFTA-Abkommen und das Abkommen, das Mexiko mit der Europäischen Union verbindet. Seit Mexikos Beitritt zur NAFTA (1994) haben sich seine Ausfuhren verdreifacht, was die Produktion und die Investitionstätigkeit beflügelt hat¹. 85 % der Ausfuhren gehen in die Vereinigten Staaten, was Mexiko in erheblichem Maße vom großen Nachbarn im Norden abhängig macht. Die Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (2000) und Japan (2005) dürften jedoch die wirtschaftliche Abhängigkeit Mexikos von Washington verringern helfen.

Trotz dieser Maßnahmen für einen freien Handel ist die Außenhandelsbilanz Mexikos nach wie vor stark defizitär (seit 1989). Beobachter gehen für 2003 von einem Handelsdefizit von 14 Milliarden Dollar aus.

¹ Wenn die Investitionen nicht, wie von der Regierung angekündigt, die Höhe von jährlich 20 Millionen Dollar erreicht haben, so nur deshalb nicht, weil es an Gesetzen fehlt, die geeignet wären, ausländisches Kapital anzulocken.

2.6. Soziale Aspekte

Von den 100 Millionen Einwohnern Mexikos sind 53 Millionen arm und davon 24 Millionen sehr arm. Das Wachstum der offiziell gemeldeten (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung um 20 % innerhalb von fünf Jahren und die Zunahme der stabilen Arbeitsverhältnisse und der Vollzeitarbeit reicht nicht aus, um die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu absorbieren. Es bedürfte eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 6 %, um ausreichend Jobs für die vielen jungen Menschen zu schaffen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt strömen. Auch ist festzustellen, dass die Schattenwirtschaft, die schon jetzt 11 Millionen Menschen beschäftigt (28 % der erwerbsfähigen Bevölkerung) weiter wächst. Analysten gehen davon aus, dass die seit 2001 steigende Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 die Höhe von 15,21 % erreichen wird.

Außerdem trennt ein tiefer Graben die Führungskräfte, die so gut verdienen wie ihre amerikanischen Kollegen, und die große Masse der Einkommensschwachen. Ein solcher Graben trennt auch die Regionen, was auf das Freihandelsabkommen NAFTA zurückzuführen ist. Im nördlichen Mexiko überschreitet das mittlere Jahreseinkommen 7 000 Dollar, in den südlichen Teilen des Landes erreicht es nicht einmal 700 Dollar. Die Reallöhne, die bei der Krise von 1994 um 25 % gesunken waren, haben noch längst nicht wieder den damaligen Stand erreicht, obschon sie seit 1997 wieder wachsen. Eine wirkliche Verbesserung kann nur durch Fortschritte bei der Aus- und Weiterbildung der Erwerbsbevölkerung erreicht werden. Mexiko hat es zwar geschafft, dass so gut wie alle Kinder die Grundschule besuchen, die sie aber häufig nicht abschließen, und die Lage im Sekundarbereich und bei der beruflichen Bildung ist nach wie vor unbefriedigend.

Die Ökonomen bleiben dabei: Mexiko wird aus seinem Tief nicht herauskommen, wenn es nicht sein Wirtschaftsmodell ändert, das es in höchstem Grade von den USA abhängig macht und die Konzentration des Reichtums begünstigt. Immerhin verfügen 10 % der Mexikaner über 46 % aller Einkommen.

III. BEZIEHUNGEN EU-MEXIKO

1. Einführung

Zwischen der Europäischen Union und Mexiko bestehen starke politische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen. Mexiko ist einer der wichtigsten Handelspartner der Union auf dem amerikanischen Kontinent, da es einen Markt mit über 100 Millionen Verbrauchern repräsentiert. Für die Ausfuhren der Union erlangt das Land eine große strategische Bedeutung, weil es mit mehreren Ländern der lateinamerikanischen Region sowie im Rahmen des zwischen Mexiko, den USA und Kanada unterzeichneten NAFTA-Abkommens ein ganzes Netz von Handelsverträgen abgeschlossen hat. In den vergangenen zehn Jahren hat Mexiko eine Strategie der Reformierung und Liberalisierung seiner Wirtschaft verfolgt, was dazu führte, dass der mexikanische Markt einer der dynamischsten und offensten in der Welt ist.

Die Europäische Union und Mexiko unterzeichneten am 8. Dezember 1997 das Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit, auch „Globalabkommen“ genannt. Das darin vorgesehene Freihandelsabkommen trat am 1. Juli 2000¹ für gewerbliche Waren und landwirtschaftliche Erzeugnisse und am 1. März 2001 für Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Investitionen² in Kraft. Es beinhaltet die vollständige Liberalisierung für die mexikanischen Ausfuhren ab 2003 und für die europäischen Ausfuhren ab 2007.

Ein paar Jahre nach seinem Inkrafttreten ist es noch zu früh, um endgültig sagen zu können, wie sich das Abkommen auf die Wirtschaft und die Entwicklung ausgewirkt hat; auch fehlt es hierzu noch an Studien. Laut den bisher vorhandenen Daten³ hat der Handel – vor allem zwischen den Unternehmen – beträchtlich zugenommen, wobei die Ausfuhren der EU nach Mexiko kräftiger gewachsen sind als die Mexikos in die EU. Die vorläufigen Studien und das Datenmaterial der Kommission und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen machen jedoch deutlich, dass die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gering ist, denn offenbar nutzen nur die großen Unternehmen die Möglichkeiten aus, die das Abkommen bietet. Dies scheint an der Schwäche des Sektors, der Ausrichtung der KMU auf den Binnenmarkt und den Markt der USA, der fehlenden Hilfe bei der Internationalisierung und der Tatsache zu liegen, dass viele Mittelständler schlichtweg nichts von dem Abkommen wissen.

2. Das Globalabkommen⁴

2.1. Politische Koordinierung

¹ ABl. L 157 vom 30. Juni 2000.

² ABl. L 070 vom 12. März 2001.

³ Siehe Anhänge IV bis VI.

⁴ ABl. L 276 vom 28. Oktober 2000.

Das Globalabkommen dient über die Schaffung einer Freihandelszone hinaus der Institutionalisierung eines politischen Dialogs, um die demokratischen Prinzipien und die Achtung der Menschenrechte voranzubringen. Beide Parteien haben die Rolle der zahlreichen Kontakte auf hoher Ebene betont, die es seit der Unterzeichnung des Abkommens gab, um den politischen Dialog zwischen Mexiko und der Europäischen Union zu intensivieren. Sie förderten ferner den Austausch auf fachlicher Ebene über ihre jeweiligen Positionen im multilateralen Kontext, insbesondere, was den Klimawandel, den Schutz der kulturellen Identität, den Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche und die Todesstrafe anbelangt.

Anders als das alte Kooperationsabkommen von 1991, in dem auf Demokratie und Menschenrechte lediglich Bezug genommen wurde, enthält das neue Abkommen die Klausel „Erfüllung der Verpflichtungen“ (den Artikel 58), wonach das Abkommen gekündigt werden kann, falls eine der Parteien ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Für diesen Fall sind bestimmte Maßnahmen vorgesehen.

Mit dem Globalabkommen wird ferner ein Rahmen für den politischen Dialog geschaffen. Dieser Rahmen ist der Gemischte Rat, der regelmäßig auf Präsidentenebene und der Ebene der Außenminister zusammentritt, um die Beschlüsse zu fassen, die notwendig sind, um die Ziele des Abkommens zu erreichen, und der von einem Gemischten Ausschuss, bestehend aus Beamten, unterstützt wird.

Auf der dritten Tagung des Gemischten Rats EU-Mexiko am 27. und 28. März 2003 in Athen nahmen die beiden Parteien eine Bewertung der Resultate des Globalabkommens seit dessen Inkrafttreten vor und erörterten sodann die kurz- und mittelfristigen Perspektiven der Partnerschaft, namentlich unter dem Aspekt der Erweiterung der Europäischen Union. Die anwesenden Minister unterstrichen die Bedeutung regelmäßiger Kontakte zwischen hohen europäischen und mexikanischen Beamten für die Stärkung ihrer Zusammenarbeit und den biregionalen politischen Dialog. Die Tagung war ferner Anlass für einen Gedankenaustausch über die multilateralen Handelsgespräche sowie die finanzielle und technische Unterstützung, die die Europäische Union Mexiko zuteil werden lässt.

2.2. Handel

Im Bereich des Handels zielt das Globalabkommen auf die allmähliche Errichtung einer Freihandelszone für Waren, Dienstleistungen und Kapital, auf die Annahme von Regelungen zum Wettbewerb und zum Schutz des geistigen Eigentums sowie auf einen Streitbeilegungsmechanismus ab. Ferner sollen die Investitionen und damit zusammenhängenden Zahlungen liberalisiert werden. Außerdem gewährt Mexiko umfassenden Zugang zu seinem Markt für öffentliche Aufträge, zu Bedingungen wie im NAFTA-Rahmen. Allerdings gibt es Ausnahmen, die die audiovisuellen Dienstleistungen, die Seeverkehrsverbindungen und die Luftverkehrsdienstleistungen betreffen.

Im Agrarbereich sieht das Abkommen vor, dass 62 % des Handels völlig liberalisiert werden, mit Einschränkungen für Fleisch, Milcherzeugnisse und Getreide. Die EU-Ausfuhren von Wein, Spirituosen und Olivenöl werden bevorzugt behandelt, während

Mexiko einen präferenziellen Zugang zu den EU-Märkten für Erzeugnisse wie Orangensaft, Avocados oder Schnittblumen genießt. Das ist eine beruhigende Perspektive für die mexikanischen Landwirte, die von den Überschwemmungen Ende 1999, den schlimmsten seit 40 Jahren, bei denen Hunderte von Menschen umkamen, sehr hart getroffen wurden.

Das Abkommen soll verhindern, dass noch einmal eine Situation eintritt wie die, die in der Vergangenheit zu einem erheblichen Rückgang des Handels zwischen EU und Mexiko geführt hatte. 1980 hatte die Union noch 18 % der mexikanischen Einfuhren gestellt, 1999 waren es nur noch 6 %. Die EU-Ausfuhr litt unter den Zollpräferenzen, die die Vereinigten Staaten und Kanada im Rahmen der NAFTA genossen, und dazu kamen die Präferenzen, die Mexiko einigen lateinamerikanischen Ländern eingeräumt hatte. Das Globalabkommen dürfte der Europäischen Union dabei helfen, schrittweise das Ziel der NAFTA-Parität zu erreichen.

Die Kommission hat im September 2004 acht Millionen Euro freigegeben, um den Warenverkehr mit Mexiko im Rahmen des Gesamtabkommens zu erleichtern. Auch Mexiko hat Mittel bereitgestellt, so dass insgesamt 16 Millionen Euro für ein Vorhaben zur Verfügung stehen, dessen Ziel es ist, die Zollabfertigung für die Waren zu verbessern und die Unternehmen besser über die Möglichkeiten des Abkommens zu informieren.

Der Handel zwischen der Union und Mexiko belief sich 2004 auf fast 21 Milliarden Euro gegenüber 15 Milliarden im Jahr 1999¹; er hat damit um fast 30 % zugenommen.

2.3. Zusammenarbeit

Was die Zusammenarbeit angeht, so haben die Union und Mexiko ein Strategiepapier für 2002-2006 unterzeichnet, in dem die Kooperationsprioritäten festgesetzt sind und zu dem eine Rahmenvereinbarung über die Finanzierung gehört. Die Gemeinschaftshilfe beläuft sich auf 56,2 Millionen Euro. Finanziert werden sollen insbesondere Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Reform des Justizsystems (15 Millionen Euro)
- Stärkung der produktiven Infrastruktur in den Gebieten im Süden und Südosten Mexikos (15 Millionen Euro)
- Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen, damit auch sie das Abkommen nutzen können (12 Millionen Euro)
- wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Was den letztgenannten Bereich angeht, so haben Mexiko und die Union am 3. Februar 2004 ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Mit diesem Abkommen wird Mexiko die Möglichkeit geboten, an Projekten des Sechsten Forschungsrahmenprogramms teilzunehmen. Laut der Mission der Vereinigten Mexikanischen Staaten bei den Europäischen Gemeinschaften haben die

¹ Siehe Anhang VI.

Parteien seit 1986 bereits 45 wissenschaftlich-technische Kooperationsprojekte durchgeführt. Außerdem sind zurzeit zwei sektorale Abkommen in Kraft:

- das Abkommen vom 27. Mai 1997 über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen im Spirituosensektor¹;
- das Abkommen vom 13. März 1997 über die Zusammenarbeit bei der Kontrolle von Grundstoffen und chemischen Stoffen, die häufig für die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen oder psychotropen Substanzen verwendet werden².

Ferner haben die Kommission und Mexiko am 3. März 2005 in Brüssel die erste Verhandlungsrunde über die Ausweitung des Globalabkommens auf Dienstleistungen und Investitionen abgeschlossen. Die beiden Partner werden auf der nächsten Tagung des Gemischten Rates EU-Mexiko am 26. Mai in Luxemburg erneut zusammenkommen. Dann wird es darum gehen, Fortschritte bei den Verhandlungen zur Errichtung einer Freihandelszone für gewerbliche Waren bis 2007 und für Agrarerzeugnisse bis 2010 zu erzielen.

3. Rolle der EU-Organe bei der Annäherung zwischen EU und Mexiko

Über ihre gemeinsamen Anstrengungen hinaus haben sich die drei Organe – Kommission, Rat und Parlament – mit zahlreichen Aspekten befasst, die die politische und wirtschaftlichen Gegebenheiten der beiden Regionen betreffen.

3.1. Kommission

Die Kommission unterstützt das Instituto de Estudios de la Integración Europea (IEIE). Dabei handelt es sich um eine in Lateinamerika einzigartige Einrichtung, deren Aufgabe darin besteht, die europäischen Vorstellungen von Integration in einer Region zu verbreiten, in der Integration ein zentrales Thema der politischen Diskussion ist. Am Ende des ersten Dialogforums EU-Mexiko für die Zivilgesellschaft, das am 26. November 2002 in Brüssel stattfand, haben die Vertreter der mexikanischen Regierung und die Kommission das Versprechen abgegeben, dass sie die Einrichtung einer Beobachtungsstelle zur Bewertung der sozialen und Umweltauswirkungen des Globalabkommens EU-Mexiko unterstützen werden.

3.2. Rat

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Erklärungen des Ratsvorsitzes zu Mexiko veröffentlicht. Dabei ging es unter anderem um die Präsidentschaftswahlen 2000, um die Lage im Bundesstaat Chiapas, um die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Regierung und den Zapatisten und um die Achtung der Menschenrechte. So veröffentlichte der dänische Ratsvorsitz am 27. September 2002 folgende Erklärung im Namen der Union:

¹ ABl. L 152 vom 11. Juni 1997.

² ABl. L 77 vom 9. März 1997.

„Die Europäische Union verfolgt die Ereignisse in Mexiko nach wie vor sehr aufmerksam. Sie begrüßt und unterstützt nachdrücklich die Bemühungen von Präsident Fox zur Stärkung der Demokratie und zur Gewährleistung einer verbesserten öffentlichen Rechenschaftspflicht sowie die entschlossenen Maßnahmen der mexikanischen Regierung zur Ausmerzung der Korruption in Mexiko – sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft – und zur Beendigung der Straflosigkeit. Die Europäische Union ist weiterhin entschlossen, die Konsolidierung demokratischer, pluralistischer und transparenter Strukturen in Mexiko zu unterstützen“.

3.3. Europäisches Parlament

Die Beziehungen des Europäischen Parlaments mit dem mexikanischen Kongress begannen im Rahmen der interparlamentarischen Konferenzen zwischen dem lateinamerikanischen Parlament (PARLATINO) und dem Europäischen Parlament. Auch haben in den letzten Jahren einige Mitglieder der Abgeordnetenkammer und des mexikanischen Senats das Europäische Parlament besucht. Präsident Fox hielt am 15. Mai 2002 eine feierliche Ansprache vor dem Europäischen Parlament. Darin bedankte er sich für dessen fortwährende Unterstützung beim Prozess der Demokratisierung Mexikos und äußerte den Wunsch nach einer Intensivierung des Austauschs mit der Union, ihren Organen, ihren Mitgliedstaaten und Regionen.

Vom 25. bis 30. November 1998 begab sich die Delegation für die Beziehungen mit den Ländern Mittelamerikas und Mexiko zu einem offiziellen Besuch nach Mexiko-Stadt, wo das erste interparlamentarische Treffen Mexiko-EU stattfand. Dabei wurden der Dialog und die interparlamentarische Zusammenarbeit offiziell eröffnet. Der Dialog wurde durch eine feierliche Erklärung institutionalisiert, die eine logische Fortsetzung der im Assoziationsabkommen angenommenen Erklärung war, in der die Notwendigkeit betont worden war, den Dialog auf parlamentarischer Ebene zu institutionalisieren. In diesem Zusammenhang wurde ein Gemischter parlamentarischer Ausschuss EU-Mexiko geschaffen. Auch hat das Europäische Parlament nach den Wahlen von 2004 eine spezielle Delegation für die Beziehungen mit Mexiko eingesetzt.

Überdies hat das Europäische Parlament seit 1985 fast 20 Entschlüsse zu Mexiko angenommen.¹ Dabei geht es im Wesentlichen um die Achtung der Menschenrechte, die Lage im Bundesstaat Chiapas und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Mexiko und der EU. In seiner Entschlüsse vom 5. April 2001 erklärt das Parlament seine Befriedigung über die Förderung der Wiederaussöhnung und des Friedens in Chiapas. Es bekundet seine Unterstützung für die Regierung von Vicente Fox, die mexikanischen Gesetzgeber und das Zapatistische Nationale Befreiungsheer im Rahmen des politischen Dialogs, den es als bevorzugtes Instrument für die Suche nach Lösungen, die die Aussöhnung Mexikos mit seiner indigenen Komponente ermöglichen, ansieht.

¹ Siehe Anhang VII.

ANHANG I



ANHANG II

La integración de las Cámaras de Diputados y Senadores después del 1 de septiembre de 2003 es la siguiente:

CÁMARA DE DIPUTADOS			SENADO DE LA REPÚBLICA		
Partido	Escaños	%	Partido	Escaños	%
PRI ¹	224	44.8	PRI	60	46.9
PAN ²	153	30.6	PAN	46	35.9
PRD ³	95	19.0	PRD	16	12.5
PVEM ⁴	17	3.4	PVEM	5	3.9
OTROS	11	2.2	OTROS	1	0.8

¹ PARTIDO REVOLUCIONARIO INSTITUCIONAL

² PARTIDO ACCION NACIONAL

³ PARTIDO DE LA REVOLUCION DEMOCRATICA

⁴ PARTIDO VERDE ECOLOGISTA DE MEXICO

MEXICO - ECONOMIC DATA (1)

Domestic Data	1999	2000	2001	2002	2003	2004 e	2005 f
GDP Growth %	3.74	6.57	-0.12	0.73	1.30	4.09	3.88
Inflation %	16.59	9.49	6.37	5.03	4.55	4.72	5.11
GDP per capita US\$	5017	5954	6261	6407	6088	6232	6639
Population m	95.7	97.5	99.4	101.0	102.8	104.4	105.9
Unemployment Rate %	10.13	8.29	10.73	12.53	14.86	14.98	15.21
Trade Balance US\$ bn	-7.75	-11.25	-14.10	-12.14	-10.45	-14.50	-14.48
Local Currency to US\$	9.57	9.47	9.35	9.67	10.79	11.29	11.36
Local Currency to Euro	10.20	8.72	8.37	9.13	12.18	13.87	14.20
External Data							
Total Export Earnings \$m	152.6	186.2	176.2	187.3	191.0	201.0
Foreign Direct Investment \$m	12.4	14.1	24.7	14.6	15.0	17.0
Foreign Direct Investment % GDP	2.59	2.44	3.96	2.30	2.40	2.58
Total External Debt \$m	167.2	158.4	158.2	141.2	140.2	139.6
Total Debt Service \$m	28.2	50.9	47.1	43.5	37.0	39.0
Total Debt % GDP	34.7	27.2	25.3	22.2	22.4	21.2

(1) Source: World Markets Analysis

Trade relations EU(15)-Mexico, 2004

By products

1000 EUR

CN Chapters		Imports (cif)		Exports (fob)	
		1000 EUR	% of total	1000 EUR	% of total
01-99	Total	6.550.063	100,0	14.327.324	100,0
	of which:				
01-24	Agricultural products	414.378	6,3	553.800	3,9
	of which:				
04	Dairy produce; birds' eggs; natural honey etc	34.780	0,5	102.575	0,7
22	Beverages, spirits and vinegar	104.463	1,6	163.944	1,1
25-27	Mineral products	1.661.667	25,4	200.747	1,4
	of which:				
27	Mineral fuels, mineral oils and products of their distillation etc.	1.547.487	23,6	149.285	1,0
28-38	Products of the chemical or allied industries	513.437	7,8	2.280.976	15,9
	of which:				
29	Organic chemicals	315.191	4,8	697.402	4,9
30	Pharmaceutical products	31.167	0,5	755.671	5,3
39-40	Plastics and rubber and articles thereof	191.126	2,9	574.874	4,0
44-49	Wood and art. Of woods etc; Pulp of wood or other fibrous cellulosic	23.009	0,4	446.091	3,1
50-63	Textiles and textile articles	91.695	1,4	446.541	3,1
72-83	Base metals and articles of base metal	160.972	2,5	1.236.463	8,6
	of which:				
72+73	Iron and steel and articles of iron or steel	69.351	1,1	871.164	6,1
76	Aluminium and articles thereof		0,0		0,0
84-85	Nuclear reactors, boilers etc./Electrical machinery etc	1.862.140	28,4	5.045.737	35,2
	of which:				
84	Nuclear reactors, boilers etc.	895.563	13,7	3.121.440	21,8
85	Electrical machinery/equip. and parts thereof; sound recorders etc.	966.577	14,8	1.924.297	13,4
86-89	Vehicles, aircrafts, vessels etc	809.282	12,4	2.120.340	14,8
	of which:				
87	Vehicles other than railway/tramway rolling-stock ets.	776.264	11,9	1.897.322	13,2
90-92	Optical, photographic, cinematographic etc. instruments	532.183	8,1	521.986	3,6
Various ch	Other products	265.454	4,1	713.852	5,0

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/DG4/European Parliament

Trade of the EU with Mexico by Member States								
	EU-imports (cif)				EU-exports (fob)			
	2004		May-Dec.: 2004		2004		May-Dec.: 2004	
	1000 €	- % -	1000 €	- % -	1000 €	- % -	1000 €	- % -
Total (EU25)			4.721.068	100,0			10.126.162	100
<i>of which:</i>								
EU-15	6.550.063	100,0			14.327.324	100,0		
<i>of which:</i>								
France	504.865	7,7	337.255	7,1	1.551.820	10,8	1.099.126	10,9
Netherlands	517.242	7,9	359.240	7,6	570.741	4,0	405.070	4,0
Fr Germany	1.461.409	22,3	1.007.798	21,3	4.885.758	34,1	3.258.448	32,2
Italy	297.670	4,5	197.632	4,2	1.815.982	12,7	1.283.463	12,7
Utd. Kingdom	977.750	14,9	698.008	14,8	921.427	6,4	641.995	6,3
Ireland	125.579	1,9	88.712	1,9	459.281	3,2	334.437	3,3
Denmark	52.109	0,8	36.535	0,8	130.180	0,9	85.510	0,8
Greece	19.449	0,3	14.885	0,3	19.985	0,1	11.012	0,1
Portugal	158.466	2,4	92.665	2,0	71.009	0,5	47.396	0,5
Spain	1.708.692	26,1	1.242.009	26,3	2.236.270	15,6	1.602.300	15,8
Belgium	561.317	8,6	397.692	8,4	632.774	4,4	447.032	4,4
Luxembourg	1.119	0,0	1.093	0,0	27.703	0,2	17.212	0,2
Sweden	60.915	0,9	48.378	1,0	626.114	4,4	426.514	4,2
Finland	32.903	0,5	23.922	0,5	132.305	0,9	98.705	1,0
Austria	70.579	1,1	49.985	1,1	245.977	1,7	177.236	1,8
Malta			613	0,0			1.172	0,0
Estonia			7.912	0,2			911	0,0
Latvia			745	0,0			269	0,0
Lithuania			2.162	0,0			2.611	0,0
Poland			37.274	0,8			31.661	0,3
Czech Republic			28.343	0,6			58.134	0,6
Slovakia			10.159	0,2			20.355	0,2
Hungary			33.546	0,7			62.410	0,6
Slovenia			3.269	0,1			13.033	0,1
Cyprus			1.237	0,0			153	0,0

Source: COMEXT database, EUROSTAT

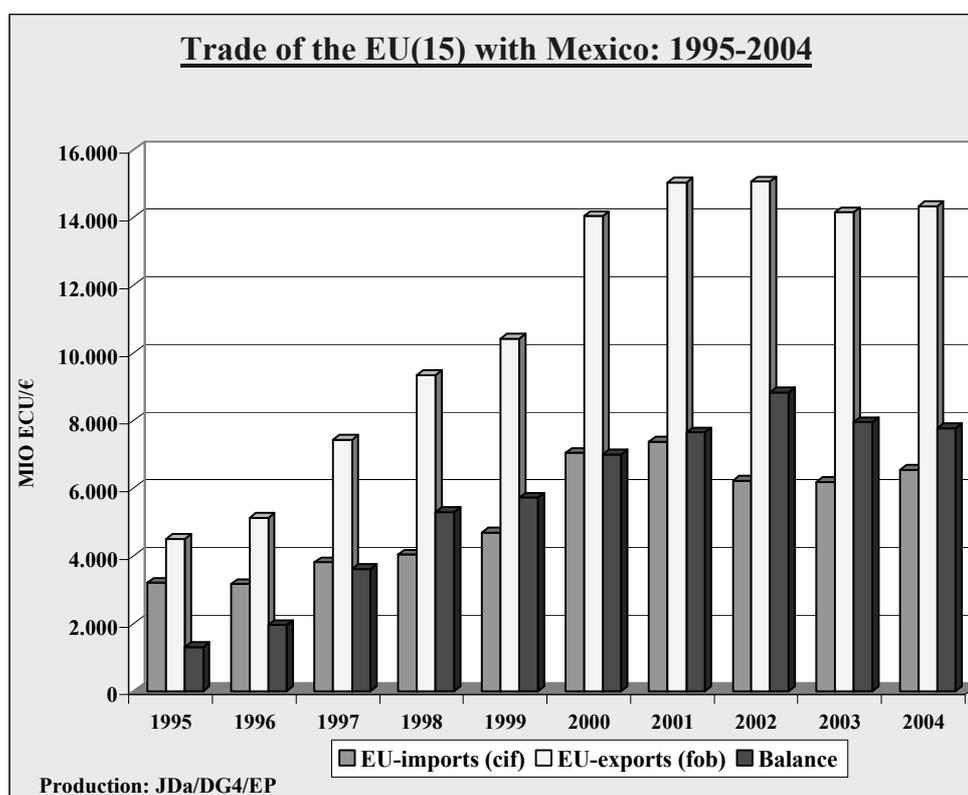
Production: JDa/DG4/European Parliament

Trade of the EU(15) with Mexico: 1995-2004

	<i>MIO ECU/€</i>		
	EU-imports (cif)	EU-exports (fob)	Balance
1995	3.208	4.511	1.303
1996	3.169	5.128	1.959
1997	3.810	7.430	3.620
1998	4.043	9.340	5.297
1999	4.695	10.422	5.727
2000	7.042	14.042	7.000
2001	7.384	15.034	7.650
2002	6.222	15.060	8.838
2003	6.189	14.149	7.960
2004	6.550	14.327	7.777

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/DG4/European Parliament



**ENTSCHLIESSUNGEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZU
MEXIKO**

EntschlieÙung vom 10. Oktober 1985 zum Erdbeben in Mexiko¹;

EntschlieÙung vom 10. September 1991 mit der Stellungnahme des EP zu einem Vorschlag der Kommission an den Rat für einen Beschluss über den Abschluss des Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Mexikanischen Staaten²

EntschlieÙung vom 10. September 1991 zu den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Mexiko³

EntschlieÙung vom 15. Dezember 1992 zum Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko (NAFTA)⁴

EntschlieÙung vom 20. Januar 1994 zum Aufstand der Campesinos in Chiapas (Mexiko)⁵

EntschlieÙung vom 19. Januar 1995 zur Lage im mexikanischen Bundesstaat Chiapas⁶

EntschlieÙung vom 16. Februar 1995 zur Lage im mexikanischen Bundesstaat Chiapas⁷

EntschlieÙung vom 13. Juli 1995 zur Lage in Mexiko⁸

EntschlieÙung vom 17. November 1995 zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das EP über die Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Mexiko⁹

EntschlieÙung vom 21. Oktober 1997 zum Wirbelsturm in Mexiko¹⁰

¹ ABl. C 288 vom 11.11.1985, S. 99.

² ABl. C 267 vom 19.10.1991, S. 61.

³ ABl. C 267 vom 19.10.1991, S. 61.

⁴ ABl. C 21 vom 25.01.1993, S. 77.

⁵ ABl. C 44 vom 14.02.1994, S. 158.

⁶ ABl. C 43 vom 20.02.1995, S. 87.

⁷ ABl. C 56 vom 06.03.1995, S. 109.

⁸ ABl. C 249 vom 25.09.1995, S. 159.

⁹ ABl. C 323 vom 04.12.1995, S. 163.

¹⁰ ABl. C 339 vom 10.11.1997, S. 164.

Entschließung vom 13. Januar 1998 zur Ermordung von 45 indianischen Bauern im mexikanischen Bundesstaat Chiapas¹

Entschließung vom 23. April 1998 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Interimsabkommens über Handel und handelsbezogene Fragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den Vereinigten Mexikanischen Staaten andererseits²

Entschließung vom 22. April 1999 über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Mexikanischen Staaten andererseits³

Entschließung vom 16. März 2000 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zum gemeinsamen Standpunkt der Gemeinschaft im Gemischten Rat EG-Mexiko zur Durchführung der Artikel 3, 4, 5, 6 und 12 des Interimsabkommens über Handel und handelsbezogene Fragen⁴

Entschließung vom 15. Februar 2001 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts der Gemeinschaft im Gemischten Rat EG-Mexiko zur Annahme des Beschlusses über die Durchführung der Artikel 6, 9, 12 Absatz 2 Buchstabe b und 50 des Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit⁵

Entschließung vom 5. April 2001 zur Lage in Mexiko⁶

Entschließung vom 14. Dezember 2004 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Zusatzprotokolls zu dem Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit EU-Mexiko⁷.

¹ ABl. C 034 vom 15.01.1998, S. 161.

² ABl. C 167 vom 01.06.1998, S. 99.

³ ABl. C 279 vom 06.05.1999, S. 404.

⁴ ABl. C 377 vom 29.12.2000, S. 169.

⁵ ABl. C 276 vom 01.10.2001, P. 243.

⁶ ABl. C 21 vom 24.01.2002, S. 356.

⁷ Sitzungsprotokoll vom 14.12.2004.